

Wagner, Gert G.

Article

US-Präsidentenwahl weit weg vom Volkswillen: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2008) : US-Präsidentenwahl weit weg vom Volkswillen: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 44, pp. 702-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151695>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



US-Präsidentenwahl weit weg vom Volkswillen

von Gert G. Wagner*

Die Wahlumfragen deuten darauf hin, dass der demokratische Bewerber Barack Obama zum nächsten Präsidenten der USA gewählt werden wird. Freilich ist das nicht so sicher wie die Umfragen glauben machen.

Denn das Wahlsystem in den USA ist nicht dazu geschaffen worden, den Volkswillen möglichst gut zu repräsentieren, sondern es soll möglichst stabile Mehrheiten schaffen. Zur Not auch – wie bei der ersten Wahl von George W. Bush – gegen den Willen des Volkes als sein Konkurrent Al Gore mehr Stimmen bekam als der spätere Präsident.

Die Wählerinnen und Wähler bestimmen nicht den Präsidenten, sondern sie wählen lediglich „Wahlmänner“, die dann den Präsidenten bestimmen. Dabei sind sie an das Urteil der Wähler in dem Bundesstaat gebunden, in dem sie gewählt wurden. Unfair wird es aber, weil der Sieger in einem Bundesstaat alle Wahlmänner zugeschlagen bekommt. Wäre bei den Vorwahlen der Demokraten nach diesem System abgestimmt worden, würde jetzt Hillary Clinton antreten, denn sie hatte in den großen Staaten, auf die es ankommt, gewonnen. Aber die Demokraten wollen den Volkswillen besser zur Geltung bringen als die amerikanische Verfassung !

Das Wahlmänner-System verzerrt zugunsten der Republikaner. Denn die Zahl der Wahlmänner hängt nicht von der Zahl der tatsächlich Wählenden ab, sondern von der Größe der Bevölkerung. Die wird aber in den USA, wo es keine kommunalen Meldebehörden gibt, sehr schlecht gemessen. Die Volkszählungen sind notorisch ungenau. In Staaten mit Megastädten, also zum Beispiel in Kalifornien mit Los Angeles und New York mit seiner Hauptstadt New York City, wird die Bevölkerungszahl besonders krass unterschätzt. Dadurch ist das Gewicht dieser Staaten im Wahlmännnergremium zu klein – und die Demokraten, die in diesen Staaten besonders stark sind, werden benachteiligt. Also diesmal Barack Obama.

Und warum zum Beispiel finden die Wahlen nach wie vor an einem Dienstag, einem Werktag, statt? Das mag im 18. und 19. Jahrhundert, als am ersten Dienstag im November die Farmer und Rancher nichts mehr zu tun hatten, demokratisch gewesen sein. Nicht mehr aber in einer Arbeitswelt olympiareifer Belegschaften, wo Arbeitnehmer sich zweimal überlegen, ob sie wegen einer Wahl nicht zur Arbeit erscheinen.

Schließlich kann die traditionell niedrige Wahlbeteiligung Barack Obama am Ende zum Verhängnis werden. Etwas mehr als 50 Prozent gelten schon als Erfolg. Selbst wenn die Wahlbeteiligung diesmal bei 60 Prozent liegen sollte, ist das erschreckend wenig. Und farbige Minderheiten gehen nach wie vor kaum wählen. Man darf die engagierten farbigen Demokraten bei den Vorwahlen nicht mit der Wählerschaft bei der Präsidentschaftswahl verwechseln. Jede Telefonumfrage spiegelt in den USA den Volkswillen besser wider als die Präsidentschaftswahl.

* Gert G. Wagner leitet die Längsschnittsstudie SOEP am DIW und ist Vorsitzender der „Zensus-Kommission“, die die Bundesregierung bei der Volkszählung 2011 berät.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.